

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901**

351 (24.12.1901) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten  
Kammer. 15. öffentliche Sitzung

## Badischer Landtag.

### Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

#### 15. öffentliche Sitzung

am Samstag den 21. Dezember 1901.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. Schentel und Ministerialrath Straub.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Der Sekretär verliest die Eingänge, darunter eine Petition der Gemeinde Gengenbach um Errichtung eines Bezirksamts, sowie zwei weitere Petitionen, die den entsprechenden Kommissionen zugewiesen werden.

Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Geiß und Genossen, betreffend die Maßnahmen der Regierung zur Minderung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Dr. Wildens schließt sich bezüglich der Ursachen der Arbeitsnoth dem Abg. Zehnter an, er findet jedoch für die Ueber speculation den natürlichen Grund in der weitgehenden Arbeitsteilung und der Ausbildung der technischen Produktionsmittel. Die jetzige Krise habe aber, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ihren tiefsten Punkt erreicht. Dem sei mit Unrecht widersprochen worden. Alle dazu verpflichteten Faktoren seien auf's beste bestrebt, der gegenwärtigen Noth abzuwehren, auch die Budgetkommission werde dazu mithelfen, daß die im Budget vorgesehenen Neubauten möglichst bald in Angriff genommen werden können. Die Städte vollends lassen sich die Linderung der Arbeitsnoth sehr angelegen sein. Die Arbeitsnachweise seien zwar nicht so organisiert, daß sie allen Anforderungen genügen können, so seien die unserigen doch bedeutend besser organisiert, als die anderer Staaten.

In der Frage der Arbeitslosenversicherung sei ein berechtigter Kern enthalten; durch Hinweis auf das Sparen allein könne man diese Frage nicht abthun. Doch müsse hier das Reich gesetzgeberisch vorgehen. Alle lokalen Versuche seien gescheitert. Die Gründe des Herrn Ministers scheinen ihm ganz zutreffend. Auch die Arbeiterorganisationen selbst können nicht genügen, nur durch das Zusammenwirken aller Faktoren und im Wege des Zwangs sei etwas zu erreichen. Man müsse zwischen verschuldeter und unverschuldeter Arbeitslosigkeit unterscheiden, und das mache große Schwierigkeiten. Doch hoffe er, daß, wie schon so viele Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versicherung beseitigt worden seien, so auch diese Schwierigkeit das endliche Zustandekommen einer Arbeitsversicherung nicht hindern werde. — Eine gesetzliche Normierung

der Arbeitszeit scheine ihm nicht empfehlenswerth. Die Gründe des Abg. Zehnter scheinen ihm ganz zutreffend. Der Vorschlag, staatliche Werkstätten einzurichten, sei ganz unausführbar.

Redner wendet sich des Weiteren gegen den Abg. Eichhorn. Auf diese Weise könne man sozialpolitisch nicht ersprießlich wirken. Seine Ausführungen scheinen darauf berechnet, beim Arbeiter den Anschein zu erwecken, als werde für ihn in Deutschland gar nichts gethan. Und doch habe gerade Deutschland durch seine großartige soziale Fürsorge viel mehr als andere Staaten gethan. Auch die Einzelstaaten wirkten in diesem Sinn, er erinnere an die großen Bauten, die Fürsorge hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse, er erinnere auch an das redliche Bestreben der Städte, die Verhältnisse der Arbeiter zu heben. Dem gegenüber zieme sich ein Ton, wie ihn der Abg. Eichhorn angeschlagen, durchaus nicht. Er könne es auch nicht billigen, wenn Eichhorn den Vorwurf erhebe, man wolle die Situation verschleiern. Man habe nur vor ungerechtfertigten Uebertreibungen gewarnt. Auch der Vorwurf gegen die Unternehmer sei ganz ungerechtfertigt. Wenn auch wenige Ausnahmen vorhanden seien, so dürfe man doch sagen, daß unsere Unternehmer im großen Ganzen ehrenwerthe Männer seien, die sich ihrer Arbeiter annehmen und sie nicht in Zeiten der Noth entlassen.

Redner verteidigt den Abg. Wittum gegen die Behauptung, er habe die Arbeiter beschimpft. Ausdrücklich habe Wittum hervorgehoben, daß unter tüchtiger Arbeiterstand redlich mitgeholfen habe, unsere Industrie groß zu machen. Er habe nur einige Auswüchse mit großem fittlichen Ernst gerügt, doch sei ihm eine Beschimpfung des Arbeiterstandes fern gelegen. Auch gegen den Vorwurf, Wittum habe nicht genügend für seinen Bezirk im Landtag geforgt, müsse er sich verwahren. Das ganze Haus sei Zeuge dafür, daß Wittum aufs ehrlichste bemüht war, seine Pflicht in diesem Hause voll und ganz auszufüllen. („Sehr richtig.“)

Zum Schluß möchte er noch darauf hinweisen, ob es nicht zweckmäßig wäre, bei derartigen großen Debatten sich unter den Parteien darüber zu verständigen, daß von jeder Partei nur ein oder zwei Redner sprechen. Dadurch werde das Zustandekommen positiver Vortheile für die Arbeitslosen gehindert, insbesondere komme man auf diese Art nicht zur rechten Zeit mit dem Budget zu Ende, so daß also die vorgesehenen Arbeiten nicht begonnen werden können. (Beifall.)

Abg. Mampel: Eine Arbeitslosigkeit werde von Zeit zu Zeit eintreten. Sie sei das Resultat ungleicher Verteilung der Arbeitskräfte. Eine unrichtige Wirtschaftspolitik habe bewirkt, daß dem Lande eine große Zahl von Arbeitskräften entzogen und der Stadt zugeführt wurde. Durch Ueberproduktion auf allen Gebieten sei man zu dieser Krise gekommen, man stehe thatsächlich vor einem großen Krach.

Von den im Laufe der Debatte genannten Präventionsmitteln scheine ihm die Sparkasse das empfehlenswertheste zu sein. Wenn man eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einrichte, so müsse man auf der anderen Seite für die Unternehmer eine Streitversicherung in Betracht ziehen. Allein könne helfen eine Hebung der Landwirtschaft. Man müsse übrigens in diesen Zeiten Vertrauen haben in die Regierung, sie verdiene das.

Abg. Wittum verteidigt seine Ausführungen gegen den Abg. Muser. Er sei kein ausgesprochener Gegner der Arbeitslosenversicherung. Im Gegenteil, er sei vollkommen durchdrungen von dem wirtschaftlichen und sozialen Werthe derselben. Zuerst müsse aber die Witwen- und Waisenversicherung zu Ende geführt werden. Es scheine ihm empfehlenswerth, die Vorarbeiten einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einer Kommission zu überweisen, in der aber nicht nur Fabrikanten und Gelehrte, sondern auch tüchtige, vernünftige Arbeiter sitzen müssen.

Die Ansichten, die er bezüglich der zu milden Bestrafung der Gerichte geäußert habe, wolle er gegen die Ausführungen eines so bewährten Richters wie des Abg. Zehner nicht weiter vertreten. Es genüge ihm, darauf hingewiesen zu haben, daß sie in einem großen Theile der Bevölkerung die vorherrschenden seien.

Er dankt dem Abg. Dr. Wildens für die warme und sachgemäße Verttheidigung, die er ihm gegenüber den Angriffen des Abg. Eichhorn habe zutheil werden lassen.

Der Abg. Eichhorn habe ihn in einer Art behandelt, wie sie bisher in diesem Hohen Hause nicht üblich gewesen sei. Es habe ihm geschienen, als ob der Abg. Eichhorn seine (des Redners) Ausführungen mit einem höhnischen Lächeln begleitet habe. Der Abg. Eichhorn sei ja auch ein Neuling, und er hoffe, daß der Abg. Dresbach seinem jungen Fraktionsgenossen die Art beibringen werde, in der man die Rede eines alten Parlamentariers achte. Er danke dem Abg. Eichhorn dafür, daß er ihn als einzigen humanen Arbeitgeber bezeichnet habe und er erwarte, daß der Abg. Eichhorn nun sein Versprechen einlösen und ihn auf den Tisch des Hauses niederlegen werde. Doch dies werde ihm wohl nicht gut bekommen. Er wolle aber unter den badischen Unternehmern nicht der einzige weiße Hase sein. Er sei es auch nicht; humane Arbeitgeber bilden die Regel.

Bei der Wahlmännernachwahl in Pforzheim sei ein Plakat angeschlagen worden, in dem seine Rede einer scharfen Kritik unterzogen werde. Diese Bemerkungen erwecken ganz den Anschein, als habe er in einem Ton gesprochen, der ein Hohn für die Arbeitslosen sei, als habe er den Arbeitslosen als einzigen Trost zugerufen: Spart! Es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn er die Arbeitslosen aufgefordert hätte, sparsam zu sein. Er habe vielmehr gesagt, die Trunksucht verhindere das Sparen in guten Zeiten.

Er habe in seiner Rede vor der Wahl nur versprochen, seine Pflicht zu thun. Er habe aber auch gesagt, daß er auf den Beifall der Menge nichts gebe, weil er aus eigener Erfahrung wisse, daß sehr häufig auf das „Hosiannah“ das „Kreuziget“ folge.

Er weist darauf hin, daß stets in Zeiten der Noth auch Berufsarbeiter, Goldschmiede, sich nicht scheuten, Erdarbeiten auszuführen, man dürfe sich nicht darüber

beklagen, daß den Goldschmieden mit ihren feinen Fingern heute solche niedere Arbeiten zugemuthet werden. In Zeiten der Noth könne man eben nicht Leben nach seinem Wunsche beschäftigen.

Der Abg. Eichhorn habe zur Erklärung des häufigen Wirthshausbesuchs darauf hingewiesen, daß die Arbeiter sehr weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle zu machen haben; da sei es ihnen nicht zu verargen, wenn sie im Wirthshaus sich eine Erfrischung reichen lassen.

Es sei thatsächlich sehr anerkennenswerth, daß viele Arbeiter sich so große Mühe geben, daß sie, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, erst einen weiten, sogar in einzelnen Fällen zweistündigen Weg machen, aber diese Arbeiter bilden nur einen so geringen Prozentsatz der gesammten wirthshausbesuchenden Arbeiter, daß er nicht in Betracht komme.

Er protestire wiederholt und energisch gegen die Unterstellung, als stellen die Pforzheimer Unternehmer anrührige Arbeiter an, um fremde Geschäftsgeheimnisse zu erfahren. Aus ganz anderen Gründen könne ein solches Anstellen oder Behalten Bestrafter einmal vorkommen, auch er habe zwei Arbeiter weiterbehalten, obgleich sie Gold entwendet haben; er habe eben gesehen, wie tief ihre Neue sei und habe sie nicht broblos machen wollen. Heute seien beide ehrenwerthe Männer.

Abg. Eichhorn will sich nur auf einige wenige Richtigstellungen beschränken. Es sei allerdings seine Meinung, der Staat solle nicht für die Arbeiter. Er stehe eben auf einem andern Standpunkt als die Mehrheit des Hohen Hauses. Der Arbeiter solle kein gut gefüttertes Pferd sein, er sei Mensch, und von diesem Standpunkt aus betrachte er die Arbeiterfürsorge. Die den Arbeitern gebotenen Sozialreformen finden die Zustimmung seiner Partei, sobald man sie für einigermaßen angängig erklären könne. Aber welche Reformen seien bis jetzt geschaffen worden! Besonders das Centrum sei zu sozialpolitischen Reformen nicht zu haben. — Es komme gar nicht darauf an, ob 10 oder 100 Arbeiter beschäftigungslos seien. Man müsse eben auch für diese sorgen.

Die Vorschläge des Abg. Frühauß, große Bauten vorzunehmen, seien zur Erreichung des Zieles ganz ungeeignet. Wer müsse die Steuern tragen, die zur Vornahme dieser Arbeiten notwendig werden? Eben die Arbeiter. Damit nehme man dem Arbeiter das Geld aus der einen Tasche und stecke es ihm in die andere.

Er habe nicht im allgemeinen gesagt, das Verbrechen sei die Folge der Arbeitslosigkeit. Da müßte er ja all' die wohlhabenden Verbrecher übersehen. Er habe nur der Verallgemeinerung des Abg. Wittum gegenüber, daß die Arbeitslosen das große Wort führen, darauf hinweisen wollen, auf welche Art ein ehrlicher Arbeiter ohne seine Schuld zum „Arbeitslosen“ gestempelt werden könne. Und er müsse seine Behauptung aufrecht erhalten: Die Rede des Abg. Wittum sei eine Beschimpfung des Arbeiterstandes gewesen.

Präsident Gönner hat das erste Mal das Wort „Beschimpfung“ durchgehen lassen. Nun die Beleidigung aber mit vollem Bewußtsein wiederholt werde, müsse er erklären, ein solcher Ausdruck sei gegenüber einem Mitglied des Hauses unzulässig.

Abg. Eichhorn (fortfahrend): Damit müsse er so sagen: Die Rede des Abg. Wittum sei in einem Ton gehalten, den er — wenn es der Ordnung dieses Hauses nicht widerspräche — eine „Beschimpfung“ des Arbeiterstandes nennen müßte.

Präsident Gönner verweist auch eine derartig umhüllte Beleidigung. Auch dies sei unzulässig.

Abg. Eichhorn: Die weitaus größte Zahl der Frauenarbeit sei bedingt durch die schlechte Bezahlung der Arbeiter, insbesondere der Saisonarbeiter.

Der Grund der Genüßsucht liegt in der großen Arbeit der Woche; habe man an den Werktagen bis 9 oder 10 Uhr gearbeitet, so könne man es niemanden verargen, wenn er am Sonntag auch vergnügt sein wolle. Er wolle keineswegs diejenigen in Schutz nehmen, die in klöder Art sich der Genüßsucht, insbesondere der Trunksucht, hingeben. Solche Leute vertrete er nicht. Er habe seine Wähler sehr oft ermahnt, ordentlich zu sein und habe darauf hingewiesen, wie unfähig man durch die Trunksucht werde, seine eigenen Interessen zu vertreten.

Gegenüber den Angriffen, die seinen auf Einrichtung staatlicher Werkstätten dringenden Vorschlägen geworden seien, müsse er betonen: der Staat habe heute schon mit der Regearbeit begonnen, die Eisenbahnwerkstätten könne man doch nicht anders bezeichnen. Es sei darum gar nicht so unzeitgemäß, auf eine Ausdehnung dieses Staatswerkstättensystems hinzuwirken.

Gegenüber der Bemerkung des Staatsraths Eisenlohr erwähne er, daß Pflingen sich seit 1879 bemühe, eine Haltestelle zu bekommen.

Der Herr Präsident habe vorhin den Abg. Wittum gegen seine Ausführungen geschügt. Er frage an, ob man einem Volkvertreter nicht auch Schutz gewähren müsse gegen die Angriffe von Regierungstische aus. Der Herr Minister habe behauptet, seine (des Abg. Eichhorn) Rede habe nur den Zweck, draußen die Arbeiterchaft aufzureizen. Gegen eine derartige Unterstellung sei ihm aber seitens des Herrn Präsidenten kein Schutz zu theil geworden.

Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. Schenkel: Seine letzte Rede, in der er dem Abg. Eichhorn erwidert habe, zeige eine etwas wärmere Temperatur, als man vielleicht auf diesem Plage gewöhnt sei. Diese Temperatur habe aber noch lange nicht an die Hitze herangereicht, in der sich der Abg. Eichhorn befunden habe, als er sich in seinen Ausführungen gegen unsere Gesellschaft und die Unternehmer wandte. Heute würde wohl seine Erwiderung etwas weniger warm werden, aber auch der Abg. Eichhorn habe heute, abgesehen von den durch den Präsidenten gerügten Worten, ruhiger gesprochen.

Der Abg. Eichhorn habe gegen die Regierung den harten Vorwurf erhoben, sie habe die Verhältnisse absichtlich verschleiern. Das enthalte einerseits den Vorwurf, es fehle der Regierung an Verstand, und aus Mangel an Einsicht sei sie dazu gelangt, die Verhältnisse absichtlich zu verschleiern. Die Regierung habe es aber in sozialen Dingen noch nie in der Offenlegung der Thatsachen fehlen lassen; in dieser Hinsicht stehe die badische Regierung keiner anderen nach, den meisten vielmehr voran. Sie habe zuerst eine Reihe von Erhebungen über die Verhältnisse der Arbeiter, der Cigarrenarbeiter des Landes, der Arbeiter in Mannheim und Forzheim eingeleitet und deren Ergebnisse, die das Interesse weiter Kreise gefunden hätten — ohne Rücksicht darauf, ob sie dem einen oder anderen angenehm waren oder nicht — unparteiisch veröffentlicht lassen. Die Worte Eichhorn's enthalten aber auch den Vorwurf einer schweren Pflichtverletzung, den er auf's entschiedenste zurückweisen müsse. Was wäre auch durch eine Verschleiern gewonnen! Man könnte dadurch höchstens für einen Augenblick verhindern, daß gewisse Symptome in die Oeffentlichkeit gelangen. Aber sie würden ja doch bekannt, dafür würde schon die sozialdemokratische Presse sorgen.

Wenn der Abg. Eichhorn in der Arbeitslosigkeit einer Anzahl von Arbeitern in sofern einen bedenklichen Zustand erblicke, als nach der eigenen Angabe des Redners das Verhältniß der angebotenen Stellen zu den Arbeitssuchenden im November etwa 100 zu 400 betrage, so müsse er betonen, daß man nicht auf das prozentuale Verhältniß, sondern auf die Zahl der Arbeitslosen sehen müsse. Ihre Gesamtzahl betrage im November etwa 15 000, von denen aber 10 800 nichteingetragene, d. h. am Orte nicht ansässige, seien. Diese Zahl könne für das fast 2 Millionen Einwohner enthaltende Baden doch nicht das Vorhandensein einer besonderen Arbeitsnoth darthun, seien doch alljährlich um diese Zeit ein paar Tausend Personen beschäftigungslos. Auf Grund der unter Benützung der Presse, der Bezirksämter, der Gemeinden und der Arbeitsnachweisanstalten angestellten Erhebungen sei die Regierung zur Ansicht gelangt, es sei kein erheblicher Nothstand vorhanden, der außerordentliche Vorkehrungen nothwendig mache.

In der Ausgestaltung der Arbeitsnachweise sei Baden den meisten Ländern voran. Doch sei dies nicht ein Verdienst der Regierung allein. Gemeindebehörden und Vereine haben sich zur Gründung der Anstalten zusammengethan. Das segensreiche Wirken derselben sei auch von den meisten Rednern anerkannt worden, man habe nur eine bessere Ausgestaltung verlangt. Es habe ihn dabei eigenthümlich berührt, daß der Abg. Frühau eine Monopolisirung des Arbeitsnachweises bei diesen Anstalten verlangte. Es sei allerdings darauf hinzuwirken, daß bei den öffentlichen Anstalten die Arbeitsnachweise thunlichst, und zwar nicht bloß für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft konzentriert werden; doch sei dies im wesentlichen schon durch die derzeitigen Einrichtungen gewährleistet. Denn es seien ihnen gewisse erhebliche Vortheile gesichert. Namentlich habe man ihnen durch den Staatszuschuß von 20 000 M., der im neuen Budget auf 25 000 M. erhöht sei, die Möglichkeit gewährt, den Arbeitsnachweis unentgeltlich zu liefern. Auch werden alle diejenigen, denen durch die Anstalten an auswärtigen Orten zu Arbeit verholpen wurde, auf den Staatsbahnen um den halben Fahrpreis nach der neuen Arbeitsstelle befördert.

Endlich habe man durch eine neuerliche Verordnung über die gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung Mißstände bei den privaten Arbeitsnachweisen nach Möglichkeit einzuschränken gesucht. Es bestehe daher kein Bedürfniß, den öffentlichen Arbeitsnachweisen ein Anschließrecht einzuräumen. Solche Monopole sollten doch im Gewerbegebiet nur dann eingeführt werden, wenn ganz zwingende Gründe dafür vorliegen. Mit dem Abg. Eichhorn sei er darin einverstanden, daß man den Betheiligten möglichst eine Mitwirkung bei der Leitung der öffentlichen Arbeitsnachweisankalten einräumen solle. Das sei bei uns möglich. Wir haben schon sogenannte paritätische Anstalten, die von einer Anzahl von Vereinen, aus Arbeitgeber und Arbeitern bestehend, errichtet sind, wir haben aber auch andere, wo die Gemeinde allein die Leitung besorge. Gegen die fernere Ausgestaltung der Anstalten in paritätischem Sinne liegen keine grundsätzlichen Bedenken vor. Die Hauptsache sei und bleibe, daß der Arbeitsnachweis öffentlich, unentgeltlich und unparteiisch ausgeführt werde.

Der Abg. Dr. Wilkens habe bemerkt, es bestehe Einverständnis darüber, daß die Regierung ermächtigt sei, einzelne Bauten schon vor Erlebigung der Budgetberatungen in Angriff zu nehmen, wenn die sofortige Vornahme im Interesse einer Beschäftigung von Arbeitslosen zweckmäßig erscheine. Dafür sei er dankbar. Die Regierung werde sich also in den geeigneten Fällen zu

nächst mit der Budgetkommission in's Benehmen setzen, die dann wohl dem Präsidenten des Hauses zur Veranlassung des Weiteren Nachricht geben werde.

Abg. Wacker erklärt sich mit dem Vorschlag des Abg. Dr. Wilkens einverstanden, wonach bei großen Debatten nur einige Redner jeder Partei auftreten sollen. — Der Herr Minister dürfe es wohl gelten lassen, daß seine Partei der Regierung auch früher schon niemals Schwierigkeiten bereitet habe, wenn zur Vinderung einer Noth Arbeiten vor Erledigung des Budgets vorgenommen worden seien. Auch jetzt glaube er, ganz im Sinne seiner Freunde zu sprechen, wenn er einem derartigen Vorgehen seine volle Zustimmung erteile. Die Debatte über Arbeitslosigkeit habe einen außerordentlichen Umfang angenommen, doch glaubt Redner, es wäre zu bedauern, wenn eine solche Aussprache nicht möglich gewesen wäre. Das Ergebnis der mehrtägigen Verhandlungen sei die Ueberzeugung, daß ein außergewöhnlicher Nothstand nicht bestehe.

Man habe festgestellt, daß alle zur Abhilfe verpflichteten Faktoren sofort, und zwar zu rechter Zeit, sich bemüht haben, dem Nothstand, soweit er überhaupt anzuerkennen sei, zu begegnen. Ungemeßene Ansprüche dürfe man aber nicht an den Staat stellen, wie der Abg. Eichhorn. Habe man gegenüber diesen ungemessenen Ansprüchen der Sozialdemokraten zum Budget stellen werden? Es sei nur zu wahrscheinlich, daß sie es nicht genehmigen werden. Da nehmen sich denn doch diese ungemessenen Ansprüche äußerst seltsam aus. Wenn man das, was die größeren Städte für die Arbeitslosen thun, ansehe, so müsse man sich fragen, ob diese staunenswerthen Leistungen zur Vinderung der Noth nicht einen höchst bedauerlichen Mißbrauch im Gefolge haben. Und dies sei in der That der Fall. Es sei mit Freuden zu begrüßen, daß alles, was die Pflicht habe, auf diesem Gebiete zu wirken, sich die Hand reiche. Pflicht und Recht stehen im innigsten Zusammenhang. Nun möchte er nur einmal eine Mahnung der sozialdemokratischen Agitatoren an ihre Arbeiter hören, ordentliche Menschen zu sein und nach Kräften selbst für sich zu sorgen. Und eine solche Pflicht sei die Folge der Mahnung des Staates an seine Pflicht. Die Allgemeinheit habe das Recht, vom Einzelnen zu verlangen, seinerseits seine Pflicht zu thun: für sich selbst und für seine Verwandten zu sorgen. Je mehr der Allgemeinheit die Pflicht aufgebürdet werde, für Einzelne zu sorgen, um so mehr habe sie auch das Recht darauf zu dringen, daß ihrer Fürsorge die eigene Fürsorge vorausgehe. Es frage sich sehr, ob die Allgemeinheit nicht dazu gedrängt werde, in Sachen der Ehegesetzgebung und der Arbeit der Jugendlichen ganz andere Bestimmungen zu treffen, als die heutige Gesetzgebung aufweist. Das sollten die Sozialdemokraten auch bedenken.

Den Ausführungen des Abg. Eichhorn, betreffend die unhumanen Unternehmer, sei schon von anderer Seite erwidert worden. Die Humanität sei heute den Unternehmern nicht mehr so hoch anzurechnen wie früher. Ihr eigenes Interesse zwingt sie ja schon dazu. Aber schon früher habe es Unternehmer gegeben, die ohne jeden heutigen Zwang durchaus aus eigener Initiative soviel in sozialer Hinsicht gethan haben, daß man nur sagen könne: „Gut ab vor ihnen!“ Und das sollte heute schlimmer geworden sein?

Redner wendet sich dann gegen die Art der sozialdemokratischen Presse, die ganze außerhalb der Sozialdemokratie liegende Welt als schlecht zu charakterisiren. Er möchte nur einen Sozialdemokraten sehen, dessen er-

kennbares Bestreben es sei, wahr zu schildern. Man sehe häufig sozialdemokratische Arbeiter sich zu sozialdemokratischen Unternehmern emporarbeiten. Diejenigen Unternehmer, die der von der Sozialdemokratie sogenannten „Bourgeoisie“ angehören, können den Vergleich mit den sozialdemokratischen Unternehmern sich wohl gefallen lassen. Man müsse jedoch zugeben, daß es auch unter den Unternehmern schlechte Elemente gebe. Und wenn selbst der Glaube an eine Verantwortung im Leben nach dem Tode nicht im Stande sei, das Unheil der Leidenschaften, insbesondere der Selbstsucht, zu beseitigen, so könne man dies noch weniger erwarten bei Kreisen, die an eine Verantwortung im Jenseits nicht glauben. (Beifall.)

In den Ausführungen des Herrn Ministers, die sich auf die den Arbeitern zugutekommenden Einrichtungen des Staates bezogen, habe er etwas vermisst. Eine gerechte Beurtheilung des modernen Staates müsse zugeben, daß er eine Menge von Veranstaltungen habe, die das Dasein zu erleichtern und den Menschen zu einem besseren Leben emporzuheben bestimmt seien. Alle diese Veranstaltungen kommen den Arbeitern zufluten, haben wir ja doch die Thatfache zu verzeichnen, daß sehr viele aus Arbeiterkreisen stammende Leute sich in höhere Berufe emporarbeiten.

In dem schon gestern verlesenen Berichte der „Volksstimme“ sei zu lesen, der Abg. Geiß habe die Interpellation eingebracht, damit das Haus auch einmal von der Existenz der armen Arbeitslosen zu hören bekomme. Dem müsse er entgegenen: Nicht erst durch Schilderung von sozialdemokratischer Seite habe man die Noth der Arbeiter kennen gelernt. Man habe ganz andere Mittel, sich darüber zu informieren. — Den Satz der Eichhorn'schen Rede, in dem er betonte, man begnüge sich damit, in den Arbeitern „gutgefütterte Pferde“ zu sehen, könne man nur mit dem Vollmaß sittlicher Entrüstung zurückweisen. Wenn solche Ausführungen in diesem Hause fallen, wie werde es erst hergehen in sozialdemokratischen Versammlungen! Jetzt erst verstehe er die maßlosen, kritiklosen Anschauungen, denen man oft in sozialdemokratischen Kreisen begegne.

Ueber die sozialpolitische Thätigkeit des Centrums habe er ein Urtheil gefällt, wie es unwahrer und ungerechter nicht denkbar sei. Mit dem Ausdruck größter Entrüstung weise er daselbe zurück.

Wenn man diese Art des Vorgehens eines sozialdemokratischen Führers ins rechte Licht rücke, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, ein solcher sei außer Stande, fördernd und segensbringend für die Interessen der Arbeiter zu wirken, er könne nur dazu beitragen, daß sie noch mehr verhext und verbittert werden, und daß die segensbringende Thätigkeit der Andern nach Kräften erschwert werde.

Abg. Dreesebach: Es sei zuerst vom Herrn Minister, dann von den Abgg. Wittum und Wacker versucht worden, eine Spaltung zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen Partei hier im Hause zu konstatiren. Derartige Versuche seien nutzlos. Seine Ausführungen richtete er nie nach dem Gesichtspunkt ein, ob er Lob oder Tadel finde, lediglich von seinem Rechtsgefühl lasse er sich leiten. Was er bezüglich des Budgets thue, das sei seine Sache. Seine Kollegen stehen auf dem gleichen Standpunkt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wegen der kurzen Zeit, die für die Debatte noch übrig bleibe, wolle er nur auf einige wenige Bemerkungen antworten.

Nur gegen die Behauptung des Abg. Wacker wolle er eintreten, der der Sozialdemokratie vorwerfe, sie erkenne

sich allein als einzigwahre Partei an. Ein solcher Vorwurf aus dem Munde eines Vertreters der „allein seligmachenden“ Kirche schein ihm äußerst sonderbar. — Der Abg. Wacker habe darauf hingewiesen, daß viele dem Arbeiterstand entsprossene Leute sich emporarbeiten, was er auf die caritas zurückführe. Der Abg. Wacker müsse aber wohl diejenigen ausnehmen, die, aus dem sozialdemokratischen Lager hervorgegangen, sich lediglich durch ihre eigene Kraft in die Höhe brachten. Wenn Wacker noch nie gelesen habe, daß die Sozialdemokratie auf die Veredelung des Menschen hinwirke, so müssen seine Studien sehr beschränkter Art und sehr einseitig sein. Sogar die Gegner der Sozialdemokratie heben hervor, daß durch die Sozialdemokratie ein großes Bildungsbedürfnis hervorgerufen werde.

Man habe die Interpellation nicht, wie von den Gegnern behauptet werde, zu dem Zwecke eingebracht, um in den Blättern nachher verbreiten zu können, die Sozialdemokraten allein haben das soziale Mitgefühl der Landstände aufgerüttelt. Man sei vielmehr durchdrungen gewesen von der Ueberzeugung, daß trotz der schon geschehenen Vorkehrungen der Weiterentwicklung der Arbeitsnoth vorgebeugt werden müsse. Es habe sich im Hause bisher um die Frage gehandelt: ist ein Nothstand vorhanden oder nicht? Man kam dazu, zu sagen: es sind nur so und so viel, folglich existirt eine Arbeitslosigkeit nicht. — Abgesehen davon, ob 15000 die wirkliche Zahl der Arbeitslosen sei, frage er, ob denn 15000 nicht genug seien, um von einem Nothstand zu sprechen. Die rückläufige Bewegung datire nicht erst seit Oktober oder November dieses Jahres, sondern schon seit dem Jahre 1900.

Außer diesen vollständig Arbeitslosen müsse man auch an die denken, denen die Arbeitszeit und damit der Verdienst erheblich gekürzt sei; in Mannheim werde zum Theil nur sechs Stunden gearbeitet, der Lohn sei entsprechend gering. Wenn ein solcher Zustand wochenlang vorhalte, so brauche der dadurch Betroffene nach eingetretener vollständiger Arbeitslosigkeit nicht noch lange Zeit zu warten, bis der Hunger vor der Thüre stehe. Die 15000 Hungernden und Frierenden werden nicht dadurch getrübt, daß sie sich sagen: wir sind ja nur 15000! — Um ihre Noth zu lindern, habe man die Interpellation eingebracht. Er hoffe, bei aller Anerkennung des Geschehenen, daß infolge der Interpellation noch bedeutend mehr geschehe.

Der Abg. Zehnter habe sich mit seinen Bemerkungen über den Zweck der Interpellation und insbesondere über die „Lorbeeren“, die sich die sozialdemokratische Deputation bei der Generaldirektion geholt habe, eine objektive Verdrehung von Thatfachen zu schulden kommen lassen: Schon am 25. Oktober habe man der Generaldirektion mitgetheilt, es werde eine Deputation um Vornahme von Nothstandsarbeiten bitten. Am 1. November habe die Generaldirektion dann mitgetheilt, die Nothstandsarbeiten seien angeordnet. Daraus sei zu ersehen, daß die Deputation doch wohl den Anstoß zur Vornahme der Arbeiten gegeben habe. Außerdem rede die „Volksstimme“ gar nicht von „Lorbeeren“, die sich die Deputation dadurch erworben habe, daß sie erreicht, was Stadtrath und Handelskammer nicht zu erreichen im Stande gewesen seien. Bezüglich des Personentuldes habe übrigens das Centrum am allerwenigsten Anlaß, die Sozialdemokratie zu rügen. Zum Beweis dafür verliesse Redner eine Stelle aus der Freitagsummer des „Beobachters“ über eine Versammlung der „Constantia“, in der dem Abg. Wacker Weisbrauch geopfert werde, sowie aus zwei Novembernummern über die Vorträge des Jesuitenpaters Aschenbrenner.

Der Herr Minister habe letzten Dienstag erklärt, die Regierung habe bereits ihre Genehmigung zur Ausführung der Arbeiten im Neckarauer Wald erteilt. Gestern sei ihm aber in der Stadtrathsitzung mitgetheilt worden, daß von einer Genehmigung noch nichts bekannt sei. Es sei anzunehmen, daß das fragliche Schriftstück noch beim Bezirksamt liege. Ohne den bureaukratischen Jopf, der offenbar doch vorhanden sei, müßte man diese An gelegenheiten doch beschleunigen.

Auch in Sachen des alten Gymnasiums in Mannheim habe sich das Justizministerium eine außerordentliche Verzögerung zu schulden kommen lassen. Es geschehe etwas, das sei anzuerkennen, aber man müsse fort und fort treiben. Auch die Regierung könne also durch Beschleunigung ihrer Arbeiten noch wesentlich zur Vinderung der Arbeitsnoth beitragen.

Wegen der Vorwürfe, die der „aufbegehrischen“ Thätigkeit der sozialdemokratischen Presse zu Theil wurden, müsse er erwidern: Es werde in der Presse ja manches gesündigt, aber nicht allein in der sozialdemokratischen. Und wenn noch der Vorgänger des jetzigen Herrn Ministers an seinem Platze wäre, so hätte man wohl diese Bemerkung nicht vom Regierungstische aus zu hören bekommen, habe man doch damals so viele Klagen über das Treiben der Amtsverköndiger gehört. Und auch die Nationalliberalen haben keine Veranlassung, darüber loszuziehen. Sie sollen sich nur an das Jahr 1895 erinnern, wo gegen ein Mitglied dieses hohen Hauses in der nationalliberalen Presse Tag für Tag Beschuldigungen erhoben wurden, schließlich sogar die des Betrugs — ohne daß das Geringste an der Sache war. Die Presse spreche eben zu einem ganz anderen Publikum als der Landtagsabgeordnete hier. Ein lebhafter Ton sei da am Platze.

Zum Schluß wendet sich Redner noch gegen den Abg. Zehnter, der die famose Broschüre des J. Fischart junior ganz im Ernste diesem hohen Hause vorgeführt habe. Es liege ja klar am Tage, daß diese Broschüre von einem Gegner der Sozialdemokratie geschrieben sei, das zeige schon ein Blick auf den Verlag. Und wenn feststehe, daß ein Gegner der Verfasser sei, so sei ihre Beurtheilung doch eine ganz andere. Er müsse, da Zehnter nicht angab, die Schrift habe ein Gegner geschrieben, annehmen, Zehnter sei im Glauben gewesen, sie komme aus der Feder eines Sozialdemokraten. Andernfalls müßte er das Vorgehen des Abg. Zehnter als eine Infamie bezeichnen.

Präsident Gönner erklärt, diese verhöllte Beleidigung sei unzulässig.

Abg. Dressbach wendet sich dann auch noch gegen den Abg. Dr. Goldschmit, der in Kenntniß ihres Ursprungs die Schrift weiter benützt habe. Daß man nationalliberal sein und doch solche Ausdrücke kennen könne, sei bekannt, rede man doch in nationalliberalen Versammlungen über Sozialdemokraten per „Canaille.“

Er könne dem J. Fischart junior nur gratuliren, daß zwar kein Sozialdemokrat, aber ein badischer Landgerichtsdirektor auf seine Broschüre hereinfiel.

Präsident Gönner rügt diese Bemerkung.

Abg. Zehnter erklärt in einer persönlichen Bemerkung, er habe nicht behauptet, die Interpellation sei nur zu dem Zwecke eingebracht, daß die Sozialdemokraten ausposaunen können, sie seien es gewesen, die der Kammer das Bewußtsein der Arbeitsnoth beibrachten, er wolle nur vorbeugen, daß diese Interpellation hinterher von der Presse in diesem Sinne benützt werde.

Ueber Fischart's Broschüre habe er gesagt: wer dieser Fischart sei, sei ihm nicht bekannt; bekannt sei ihm ein

J. Fischart senior, der durch satirische Streitschriften berühmt geworden sei; ob der Verfasser ein Nachkomme jenes Fischart senior sei, wisse er nicht, jedenfalls habe er aber einen tiefen Blick hinter die Coulissen der sozialdemokratischen Agitation gethan. Wer im Stande sei, eine feinere Erklärung zu verstehen, der müsse auch erkannt haben, daß er Fischart's Schrift nicht ernst nahm. Er tröste sich aber mit dem Verse:

„Ich werd' wohl erkufirt fein;  
Meine Bemerkung war für sie zu fein!“

Ebenso erklärt der Abg. Dr. Goldschmit, er habe ausdrücklich betont, die Schrift rühre von einem Gegner her, der sich aber als scharfer Beobachter der sozialdemokratischen Agitation erwiesen habe.

Da die noch vorgemerkten Redner auf die Vormerkung verzichteten, schließt der Präsident die Sitzung um 1 Uhr und wünscht den Abgeordneten frohe Heimkehr und Glück zum Jahreswechsel.

Nächste Sitzung Dienstag, den 7. Januar 1902, Nachmittags 4 Uhr.